

Der 82. Jahreskongress des Englischen Gewerkschaftsbundes

Autor(en): **Bieligk, K.E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **42 (1950)**

Heft 10

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353462>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

grössere Opfer das stark gestörte finanzielle Gleichgewicht wieder hergestellt werden können.

3. Der Lauf der Dinge, insbesondere die Ausrichtung von Teuerungszulagen, das heisst die nachträgliche Anpassung bereits festgesetzter Versicherungsleistungen an den Geldwert sind sicher ein Beweis dafür, dass die Schaffung einer sozialen Unfallversicherung das richtige war und dass es zu bedauern ist, dass sie eine Klassenversicherung geblieben ist und dass nicht alle Lohnarbeiter ihre Vorteile geniessen können.

Dr. A. Bohren.

Der 82. Jahreskongress des Englischen Gewerkschaftsbundes

Achtzig Entschliessungen, eingereicht von den dem TUC angeschlossenen 186 Gewerkschaftsverbänden, lagen dem diesjährigen Jahreskongress vor; dazu etwa ein Dutzend Berichte und Anträge des Generalrats. In ihnen waren die Vorschläge niedergelegt, die nach der Auffassung des aktivsten Teils der 8 Millionen organisierten Gewerkschafter und ihrer Führung durchgeführt werden müssen, wenn die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung den Zielen des gewerkschaftlichen Kampfes nähergebracht werden soll. Die von den gewerkschaftlichen Organisationen kommenden Entschliessungen sind meistens schon vor mehreren Monaten formuliert und auf den verschiedenen Gewerkschaftskonferenzen im Frühjahr und Sommer beschlossen worden. Es konnte darum in ihnen nicht die Verschärfung der internationalen politischen Situation Berücksichtigung finden und auch keine Stellung zu den wirtschaftlichen und sozialen Folgen genommen werden, die die stark erhöhten Rüstungsausgaben für die englische Arbeiterschaft haben werden.

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik

Der Kongress brachte eine Ueberraschung, indem er im Gegensatz zu den Empfehlungen des Generalrates einer Entschliessung zustimmte, die mit der seit länger als zwei Jahren von den Gewerkschaften geübten Zurückhaltung Schluss gemacht wissen will. Der Kongress von 1947 hatte mit überwältigender Mehrheit beschlossen, angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten keine allgemeinen Forderungen auf Erhöhung der Lohnsätze zu stellen. Auf dem vorjährigen Kongress wurde diese Stellungnahme beibehalten, aber gleichzeitig gefordert, dass der TUC auf die Regierung einwirke, um eine Beschränkung der Profite und Massnahmen gegen die Preissteigerung zu erreichen.

Die Delegierten waren 1949 kaum nach Hause gereist, als die Abwertung der Währung durchgeführt wurde. Um ihren Erfolg zu

sichern, verschärfte die Regierung ihren Appell an alle Schichten des Volkes, keine Erhöhung ihrer Einkommen zu suchen. Für die Unternehmer sollte das heissen, keine höheren Profite als bisher einzustreichen, während die Arbeiterschaft noch strikter als zuvor an dem schon in Kraft befindlichen Lohnstillstand festhalten sollte. Dadurch sollte eine Steigerung der Produktionskosten und der Warenpreise vermieden und sichergestellt werden, dass die durch die Währungsabwertung für das Ausland erreichte Ermässigung der Preise für englische Waren in vollem Umfange erhalten bleibt. Gleichzeitig sollten die Inlandspreise keinen Antrieb erhalten und so der Gefahr der Inflation ausgewichen werden. Der Generalrat entsprach dem Gebot der Stunde und empfahl allen Gewerkschaften *strikteste* Zurückhaltung in bezug auf Lohnforderungen. Die geltenden Lohnsätze sollten also im nationalen Interesse keine Erhöhung erfahren; aber eine Erhöhung des Verdienstes durch mehr Ueberstunden oder durch höhere Akkordleistungen blieb von diesem Beschluss unberührt.

Eine Vorständekonferenz aller Gewerkschaften billigte im Januar 1950 mit einer geringen Mehrheit diese Empfehlung. Da jedoch der Generalrat den Gewerkschaften die Lohnpolitik nur empfehlen, aber nicht aufzwingen kann, konnten die einzelnen Verbände an der von ihnen eingeschlagenen Lohnpolitik festhalten. Tatsächlich hatten schon damals die Eisenbahner, die Bergarbeiter, die Metall- und Maschinenarbeiter und einige kleinere Gewerkschaften Lohnforderungen gestellt. Da die wirtschaftliche Entwicklung sich im ersten Halbjahr 1950 günstig gestaltete — die Produktions- und Ausfuhrsteigerung war höher als erwartet, das Dollardefizit ging stark zurück, und die Gold- und Devisenvorräte nahmen erheblich zu —, bestand auch der Zwang für den strikten Lohnstillstand nicht länger. Ende Juni beschloss eine neue Vorständekonferenz aller Gewerkschaften auf Vorschlag des Generalrats eine beweglichere Form der Lohnpolitik. Allgemeine Lohnforderungen sollten weiter nur unter Berücksichtigung der nationalen Interessen gestellt werden, aber für die niedrig bezahlten Arbeiterschichten sollte eine Verbesserung stattfinden. Während dieser ganzen Zeit hat der TUC stärksten Nachdruck auf das Recht der freien kollektiven Vereinbarung gelegt und jeden Gedanken an ein Eingreifen der Regierung in die Lohnpolitik zurückgewiesen.

Der Generalrat des TUC ist überzeugt, dass diese im Juni beschlossene Lohnpolitik insbesondere mit Rücksicht auf das neue Rüstungsprogramm und seine sozialen und wirtschaftlichen Folgen beibehalten werden muss. Sir *Vincent Tewson*, der Generalsekretär, hat die fast tausend Delegierten davon zu überzeugen versucht. Auch der Präsident des TUC hat in seiner Begrüssungsrede hervorgehoben, dass die gegenwärtigen Bedingungen einer neuen Welle von allgemeinen Lohnforderungen nicht günstig sind; aber er ist dafür

eingetreten, dass die Wochenlohnsätze unter 5 Pfund Sterling¹ eine Aufbesserung erfahren. Der Premierminister der Arbeiterregierung, C. R. Attlee, der den Kongress begrüßte und den Gewerkschaften seine Anerkennung über den hohen Anteil aussprach, den sie an der wirtschaftlichen Stärkung Englands haben, versicherte, dass die Regierung nie ein absolutes Verbot von Lohnforderungen vorge schlagen habe, sondern die Notwendigkeit gewisser Verbesserungen, besonders für jene Industrien, in denen es an Arbeitern mangelt, anerkenne. Aber die Gefahr, dass die Inflationsspirale in Bewegung komme, sei weiter gegeben und werde verschärft durch die neuen Rüstungsausgaben, zu denen die Regierung gezwungen ist.

Aber unter den Delegierten waren viele, die überzeugt sind, dass den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft mit der Beibehaltung des Lohnstillstandes ein zu grosses und einseitiges Opfer zugemutet wird. Wohl ist die Preissteigerung in den zwölf Monaten, die seit der Währungsabwertung vergangen sind, nicht in dem starken Masse zu verzeichnen, als vielfach angenommen worden ist; aber sie dauert ununterbrochen fort. Einen offiziellen Lebenshaltungskostenindex gibt es nicht, und auch der vorläufige Einzelhandelspreisindex wird den wirklichen Ausgaben einer Arbeiterfamilie nicht gerecht. Tatsache ist, dass Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern in den letzten zwölf Monaten eine Herabsetzung ihres Lebensstandards erfahren haben, die noch stärker wäre, wenn sie ihre Verdienste nicht durch lange Ueberstundenarbeit aufbessern könnten. Darin liegt die Begründung für die Lohnforderungen einer wachsenden Anzahl von Gewerkschaften und auch für das Verlangen, dass die Profite zugunsten der Nation erfasst und die Preissteigerung unterbunden wird. Eine Entschliessung gab dieser Auffassung Ausdruck. «Ohne eine vernünftige Beschränkung der Profite, ohne positive Planung der Wirtschaft und ohne eine Preiskontrolle, die die Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Arbeiter ermöglicht, ist keine Basis für eine weitere Zurückhaltung im Stellen von Lohnforderungen gegeben» — so hiess es in ihr. Es war diese Resolution, die in einer Abstimmung mit 3 949 000 gegen 3 727 000 Stimmen angenommen wurde. Der Bericht des Generalrats zu dieser Frage wurde mit 3 898 000 gegen 3 521 000 Stimmen abgelehnt.

Es geschieht selten, dass ein Gewerkschaftskongress in einer entscheidenden Frage seiner Führung nicht folgt. Aber diese Abstimmung ist *nicht* der Ausdruck eines Misstrauens gegen den Generalrat, sondern hat viel eher die Bedeutung eines *Appells an die Regierung*, mit mehr Energie gegen die unbegründeten Preissteigerungen und gegen die Profit- und Dividendenerhöhungen vorzugehen. Die Abstimmung ist im gewissen Sinne ein Protest gegen die Ge-

¹ 1 Pfund Sterling = sFr. 12.23.

fahr, dass die Arbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung zurückgeworfen wird, während die kapitalistische Schicht alle Vorteile aus der wirtschaftlichen Stärkung für sich in Anspruch nimmt. Der begonnene Ausgleich der sozialen Spannungen würde damit wieder aufgehoben werden. Mit Sicherheit kann eines gesagt werden: diese Entscheidung des Jahreskongresses des Gewerkschaftsbundes wird nicht die Folge haben, dass die englische Arbeiterschaft nun in die Phase eines anarchischen Lohnkampfes eintritt. Die Gewerkschaften haben in keinem Moment seit dem grossartigen Wahlsieg der Arbeiterpartei im Jahre 1945 die politische Machtergreifung zu einer Lohnbewegung ausgenützt, und sie werden auch künftig keine Forderungen stellen, die unbegründet sind. Nichts dokumentiert besser den gesunden Sinn der englischen Arbeiter, die sich mit ihren Forderungen dem Gesamtinteresse unterzuordnen wissen, als die kürzlich von den 37 Gewerkschaften der Schiffsbau- und Maschinenindustrie vorgenommenen Urabstimmung, ob sie zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen zum Streik greifen wollen. Mit überwältigender Mehrheit entschieden die Mitglieder in der Urabstimmung sich *gegen* den Streik und für die Ueberweisung ihrer Forderung an das ordentliche Schiedsgerichtsverfahren.

Die Verordnung über den Schiedsverfahrenszwang

Seit 1940 ist eine Verordnung in Kraft, die das Schiedsverfahren, bzw. eine schiedsgerichtliche Entscheidung in Arbeitsstreitigkeiten zwangsweise verfügt. Gegen sie macht sich seit Jahren schon eine Opposition unter den Gewerkschaften geltend, und auf dem ersten Kongress nach dem Kriege wurde eine Entschliessung, die die Aufhebung der Verordnung fordert, nur mit knapper Mehrheit abgelehnt. Im letzten Jahre ist die Unbeliebtheit stark angewachsen; einmal, weil die Erledigung von Arbeitsstreitigkeiten durch das Schiedsverfahren oft sehr lange hinausgezögert wird; und zum anderen deshalb, weil es zu häufig von den Unternehmern benützt wird, um in letzter Instanz begründete Forderungen der Arbeiter abzuwehren. Unter den grossen Gewerkschaften, die sich auf dem Kongress für die Aufhebung dieser Verordnung einsetzten, befand sich der Eisenbahnverband. Der Generalrat befürchtet, dass ohne das Wirken dieser Verordnung Streiks viel häufiger sein würden und dass durch sie die Politik der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit in ernste Gefahr kommt. Er widersetzte sich dieser Entschliessung, und der Kongress lehnte sie mit 5 166 000 Stimmen gegen 2 430 000 Stimmen ab.

Dagegen wurde eine Entschliessung, die verlangt, dass die Regierung den von ihr anerkannten Grundsatz des *gleichen Lohns für gleiche Arbeit*, also eine Gleichstellung der Frauen mit den Männern, jetzt zur Durchführung bringt, entgegen dem Ratschlag des Generalrats mit 4 490 000 gegen 2 367 000 Stimmen angenommen.

Gewerkschaften und Nationalisierung

Der vom Generalsekretär der Stahlarbeitergewerkschaft, *Lincoln Evans*, begründete Bericht des Generalrates zu dieser Frage erklärt, dass der Prüfstein für die Nationalisierung einer Industrie sein sollte, ob diese Massnahme zu einer Angleichung des Lebensstandards, zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, zur Erreichung besserer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen führe und mehr Gelegenheiten zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie gebe. In der Kohlenindustrie hätten sich die Verhältnisse bisher am günstigsten entwickelt, während sich für die andern Industrien noch kein Urteil bilden lasse. Es müsse auch nicht immer die ganze Industrie in öffentliches Eigentum überführt werden, sondern es könne in manchen Fällen genügen, nur bestimmte Firmen mit einem beherrschenden Einfluss auszuwählen. Die Nationalisierung wird nicht als die einzige Form des öffentlichen Eigentums bezeichnet, und in diesem Zusammenhang wird auf die Genossenschaften hingewiesen. Lord *Walter Citrine*, während 20 Jahre Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes und jetziger Leiter der nationalisierten Elektrizitätsindustrie, sprach als Gast auf dem Kongress und machte zu diesem Punkt bemerkenswerte Ausführungen. Er bezeichnete als eine der grössten Aufgaben, die durch die Nationalisierung erfüllt werden sollen, die in diesen Industrien beschäftigten Männer und Frauen glücklich zu machen. Das könne durch die Nationalisierung viel besser erreicht werden, als es unter dem Privatbesitz möglich sei. Darum haben die nationalisierten Industrien auch ein Anrecht darauf, die volle Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten. Unglücklicherweise sei aber der durchschnittliche Gewerkschafter sich über die Aufgaben der Nationalisierung nicht so klar wie seine Führung. Eines der grössten Probleme, die die Gewerkschaften zu lösen hätten, so sagte Citrine, sei, Mittel und Wege zu finden, um das Durchschnittsmitglied mit den entscheidenden Verhandlungen im Schritt zu halten, die von den zentralen Stellen durch das ganze Land geführt werden. Die Nationalisierung biete viel mehr Möglichkeiten für den einfachen Mann und die einfache Frau als irgendeine ihm bekannte Form von wirtschaftlicher Organisation. Die nationalisierten Industrien hätten sich mit Problemen wirtschaftlichen und sozialen Charakters zu befassen, deren Lösung ihre Ergebnisse für alle Teile der zivilisierten Welt haben würden.

Der Kongress stimmte dem Bericht in einfacher Abstimmung zu.

Einige Gewerkschaften wünschen eine wesentlich stärkere Berücksichtigung von Gewerkschaftsvertretern bei der Besetzung von Verwaltungsposten in einer nationalisierten Industrie. Aber eine entsprechende Resolution wurde vom Kongress abgelehnt.

Eine andere Entschliessung, die die Wirtschaftsplanung als ein

Instrument für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung benützt wissen will und die engste Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ministerien, die für die Wirtschaftsplanung verantwortlich sind, fordert, wurde angenommen, ebenso wurde dem Bericht über die Steigerung der Produktion zugestimmt.

Die internationale Situation

Während die Entschliessungen der Gewerkschaften sich nicht mit dem Korea-Konflikt beschäftigen konnten, legte der Generalrat einen längeren Bericht vor, in dem er die Stellungnahme der Gewerkschaftsbewegung zum Korea-Konflikt und dem die Weltsituation beherrschenden West-Ost-Konflikt darlegt. Darin wird der Kongress aufgefordert, den Vereinigten Nationen die volle Unterstützung ihrer Aktion im Korea-Konflikt zu geben und den Massnahmen zuzustimmen, die die englische Regierung zu ihrer erfolgreichen Durchführung unternommen hat. Die Friedenspropaganda der Kommunisten wird stark verurteilt, und ihre Förderung durch die dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften oder durch örtliche Gewerkschaftsausschüsse wird als unvereinbar mit der Gewerkschaftspolitik und der Loyalität gegenüber den Prinzipien der Gewerkschaften erklärt. Im Plan der Vereinigten Nationen zur Kontrolle sowohl der Rohstoffe für die Produktion von Atomkraft als auch der wissenschaftlichen und technischen Anlagen und Ausrüstungen, die für ihre Herstellung notwendig sind, sieht der Kongress den einzigen praktischen Weg, den Gebrauch der Atombombe und anderer Mittel der Massenzerstörung zu verhindern. Die Erhöhung der Rüstungsausgaben zur Abwehr von Aggressionen wird für unvermeidlich erklärt und die Versicherung gegeben, dass die Gewerkschaftsbewegung ihre grösstmögliche Unterstützung geben wird, das Steigen der Produktion aufrechtzuerhalten und so die Bürde, die getragen werden muss, zu erleichtern. In schärfster Form wird gegen die Kommunisten Stellung genommen. «Der Kongress bedauert», so heisst es, «dass die Gewerkschaften in diesem und in andern Ländern durch den Gang der Ereignisse zu dem Schluss gezwungen worden sind, dass überall dort, wo eine kommunistische Partei besteht, sie von der Sowjetunion und dem Kominform für Fünfte-Kolonnen-Tätigkeit benützt wird, um die Weltrevolution zu fördern und die freien Nationen unter die Tyrannei, Ausbeutung und Knechtschaft des kommunistischen Imperialismus zu zwingen. Der Kongress ist überzeugt, dass das britische Volk keine Anstrengungen scheuen und vor keinen Opfern zurückschrecken wird, die notwendig sind, um die Vereinigten Nationen zu befähigen, die Aggressionen zu bekämpfen, ob sie vom kommunistischen Imperialismus oder von sonstwem ausgehen.»

Die Diskussion darüber nahm teilweise einen recht erregten Verlauf. Der Verband der Geschäfts- und Handelsangestellten und

-arbeiter hatte dazu eine Entschliessung eingebracht, die den Generalrat beauftragte, auf die Regierung in dem Sinne einzuwirken, dass erneut Verhandlungen über die Kontrolle der Atombombe aufgenommen werden, dass ihre Produktion und ihr Gebrauch verboten und die vorrätigen Bomben zerstört werden. Sein Präsident, der Labourabgeordnete *Walter Patley*, begründete sie. Er grenzte sich scharf gegen die Kommunisten ab und betonte, dass die Hauptverantwortlichkeit für die Blockierung des Weges zum Frieden bei Sowjetrussland liege. Aber der demokratische Sozialismus dürfe dem internationalen Kommunismus nicht die Initiative überlassen, wenn er nicht den Kampf für die Welt, die er aufbauen will, verlieren wolle. Diese Entschliessung wurde vom Generalrat aufs schärfste bekämpft und in einer Kartenabstimmung mit 5 601 000 gegen 1 972 000 Stimmen abgelehnt. Dem Bericht des Generalrats stimmte der Kongress mit 6 942 000 gegen 595 000 Stimmen zu.

Die Kommunisten

Diese fast 600 000 Stimmen wurden von Delegierten abgegeben, die in der Hauptsache Gewerkschaften vertraten, die unter kommunistischer Führung stehen. Es ist aber falsch, daraus zu folgern, dass die Kommunisten in der englischen Gewerkschaftsbewegung über 600 000 Anhänger verfügen. Unter den Mitgliedern dieser Gewerkschaften befinden sich Hunderttausende, die keine Kommunisten sind, wie sich andererseits unter den Mitgliedern der Gewerkschaften, die keine kommunistische Führung haben, gelegentlich Kommunisten befinden mögen. Doch darf dabei nicht übersehen werden, dass für die kommunistische Partei bei den letzten Parlamentswahlen im ganzen Lande nur 92 000 Stimmen abgegeben worden sind. Sie sind also auch in der Gewerkschaftsbewegung in jedem Falle noch viel schwächer, als es diese Abstimmung zum Ausdruck bringt.

Zu keiner Frage, die der Kongress behandelt hat, haben sie eine eigene positive Politik zu entwickeln vermocht. Bei den Wahlen zum Generalrat sind sie unterlegen, so dass sich in diesem Jahre zum zweitenmal unter den 34 Mitgliedern der Führung des Gewerkschaftsbundes nicht ein einziger Kommunist befindet.

*

Die Geschlossenheit der englischen Gewerkschaftsbewegung ist unangetastet, und der Kongress hat auch einer finanziellen Stärkung der Führung der rund 8 Millionen Gewerkschafter zugestimmt; sie ist damit mehr befähigt, ihre gewachsenen Aufgaben zu erfüllen.

K. E. Bieligk, London.